

Lässt sich der Patient noch retten?

Tutzingener Experten-Tagung über die Wissenschaftssprache Deutsch

München (st) In einem hochrangig besetzten Kolloquium, das die Volkswagen-Stiftung vom 10. bis 12. Januar an der Politischen Akademie Tutzing veranstaltete, haben rund 60 Forscher, Stiftungsvertreter und Politiker den aktuellen Zustand des „Patienten“ Wissenschaftssprache Deutsch untersucht und seine „Überlebenschancen“ im eigenen Sprach- und Kulturraum diskutiert.

Während in der internationalen Wissenschaftskommunikation Deutsch schon länger fast vollständig durch Englisch ersetzt ist, stellt sich mittlerweile auch die Frage nach seiner Zukunft als *nationale* Wissenschaftssprache, also im Wissenschaftsbetrieb und in Forschung und Lehre im eigenen Land. Schon jetzt wird in Forschungslabors, High-Tech-Unternehmen, auf wissenschaftlichen Kongressen, in der Forschungsförderung, in Hochschulstudiengängen und selbst in verschiedenen Unterrichtsfächern der Gymnasien immer mehr auf Englisch gesetzt. Es ist unübersehbar, dass interessierte Kreise in Politik, Wirtschaft, Fördereinrichtungen und nicht zuletzt innerhalb der Wissenschaft selbst daran arbeiten, Mehrsprachigkeit aus der Wissenschaft zu verbannen und nur noch Englisch zu gebrauchen. Mehrsprachigkeit gilt für sie in einer globalen Wissensgesellschaft als vermeidbarer Kosten- und Störfaktor. Dass die dramatisch zurückgehende Verwendung der einstigen Weltwissenschaftssprachen Deutsch und Französisch sowie auch bedeutender Vertreter der „zweiten Reihe“ wie Russisch oder Italienisch nicht nur Folgen für die geistig-kulturelle Pluralität haben muss, interessiert die Anhänger eines „Global English“ nicht und die Mehrheit betroffenen Bevölkerungen zu wenig, besonders in Deutschland. Dass damit aber auch die Vielfalt der Denkansätze und Pfade zur Erkenntnisgewinnung, also die „kognitiven Potentiale, die in den Einzelsprachen stecken, nicht mehr genutzt werden, müsste die „English-Only-Vertreter“ auf Grund ihrer ökonomischen Interessen alarmieren. Das tut es aber nicht, weil ihnen dieser Effekt offensichtlich nicht bekannt ist.

Die Veranstalter, die Linguisten Hans-Joachim Meyer und Konrad Ehlich als Initiatoren, der Generalsekretär der Volkswagen-Stiftung Wilhelm Krull und Akademiedirektor Heinrich Oberreuter wiesen in ihren Thesen auf den Denkfehler der „Globalisten“ hin. Sie sähen in der Sprache der Wissenschaft nur deren Kommunikationsfunktion und nicht auch den Ausdruck von Kultur und Identität. Wissenschaft sei auch Teil der einzelnen Kultur(en). Deshalb könne es kulturelle und geistige Pluralität einschließlich der für den Erkenntnisgewinn notwendigen unterschiedlichen Denkansätze in nur *einer* Sprache nicht geben. Eine Ansicht, die von anwesenden Linguisten wie Helmut Glück, Jürgen Trabant, Karlfried Knapp, Wulf Oesterreicher, Peter Strohschneider oder Winfried Thielmann sowie Vertretern aus Österreich, Italien (Südtirol und Pisa), Dänemark und Tschechien ohne Einschränkung unterstützt wurde.

Zustandsbeschreibung

Prominente Naturwissenschaftler, Mathematiker und Mediziner wie auch Geisteswissenschaftler und Juristen stellten den wissenschaftssprachlichen Alltag in ihren Disziplinen dar und machten die Grenzen deutlich, die den meisten von ihnen durch die Forderung nach „English only“ von Instituts- und Hochschulleitungen oder von Fördereinrichtungen und Ministerialabteilungen bereits aufgezwungen werden oder demnächst würden. Die Japanologin Irmela Kirschnereit von der FU Berlin zeichnete den Verdrängungsprozess des Deutschen in ihrem Fach nach, der von deutschen Fachkollegen selbst ausgelöst wird. Der Münchner Molekularbiologe Ralph Mocikat unterstrich, dass selbst

in einem so speziellen Forschungsgebiet wie dem seinen die Mutter- und Alltagssprache unverzichtbarer Ausgangspunkt für Erkenntnisgewinnung sei. Außerdem betonte er die Fragwürdigkeit der weltweit benützten US-amerikanischen Zitatens-Indices zur Bewertung wissenschaftlicher Leistungen, die auch in Deutschland für Berufungen an Universitäten oder der Zuteilung von Fördermitteln eine große Rolle spielen.

Die Zellbiologin Brigitte Jokusch (Braunschweig) wies allerdings darauf hin, dass in ihrer Disziplin der Fortschritt so rapid sei, dass es gar nicht mehr möglich sei, den Ergebnissen mit deutscher Terminologiebildung rechtzeitig zu entsprechen. Gleichzeitig betonte sie aber, dass anglo-amerikanische Kollegen zuweilen eigene Erkenntnisse als „neu“ anpreisen, von deren Existenz in Deutschland und Europa sie auf Grund ihrer fehlenden Fremdsprachenkenntnisse nicht wussten. Der BASF-Chemiker Dieter Jahn skizzierte ein etwas helleres Bild: „In der Chemie spielt Deutsch schon noch eine Rolle“. Außerdem verwies er darauf, dass neben einer internationalen noch eine deutschsprachige Ausgabe von „Angewandte Chemie“ erscheine, obwohl sie unwirtschaftlich sei. Der Berliner Kunsthistoriker Horst Bredekamp verwies darauf, dass in deutscher Sprache noch immer mehr über Kunstgeschichte publiziert werde als in jeder anderen. Allerdings werde das seit ca. 15 Jahren im Ausland immer weniger rezipiert. Was die Chirurgie angeht, beklagte der Berliner Chirurg Wolfgang Haße wiederum, dass die immer noch gebrauchte ältere deutschsprachige Forschungsliteratur durch den Zwang zum Englischen verloren geht.

Einen Sonderfall bildet nach Darstellung des Bonner Juristen Bernhard Kempen die deutsche Rechtswissenschaft. Sie sei immer noch weltweit führend in der wissenschaftlich-systematischen Durchdringung der Rechtsordnung und habe in den letzten Jahrzehnten die Verfassungen neuentstandener Demokratien mitgeschaffen. Auch existiere hierzulande immer noch eine umfassende deutschsprachige Rechtsliteratur, und auf juristischen Tagungen werde „zu 99 Prozent auf Deutsch diskutiert“. Er wage die Prognose, dass diese Präsenz des Deutschen in der Rechtswissenschaft andauern werde. Womit sich freilich eine auf der Tagung von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ausgesprochene Warnung schwer vereinbaren lässt. Nämlich: die in einigen Bundesländern gewünschte Verwendung von Englisch an deutschen Gerichten für grenzüberschreitende Wirtschaftsverfahren „nicht in Bausch und Bogen abzulehnen“ sei.

Ursachenforschung

Angesichts der in den meisten Wissenschaftsbereichen doch offenkundigen Gefährdung der nationalen Wissenschaftssprache Deutsch wurde von mehreren Anwesenden eine aktivere Sprachenpolitik Deutschlands verlangt. Der prominenteste Teilnehmer aus der Politik, Bundestagspräsident Norbert Lammert, hatte diese Forderung als erster Redner auf der Tagung bereits vorweggenommen. Sie setze freilich eine Überwindung der „Interesselosigkeit der Politik und der gesellschaftlichen Eliten“ voraus. „Die kaum noch überbietbare Selbstentmündigung“ vieler Teilnehmer am deutschen Wissenschaftsbetrieb finde er oft nur noch „skurril“. Jedoch schaffe es die Politik nicht allein, die „sprachliche Selbstabdankung“ von Teilen der Eliten und Wissenschaftler zu korrigieren. Immerhin böten aber Auflagen, das (auch) die deutsche Sprache zu verwenden sei, bei der Förderung bestimmter Vorhaben oder bei der Mittelfreigabe für bestimmte EU-Einrichtungen wie etwa für den europäischen diplomatischen Dienst durchaus ein wirksames Instrument. Dies war vor allem das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und das Auswärtige Amt adressiert, ohne dass Lammert sie nannte. Auch die Verankerung von Deutsch im Grundgesetz, was laut Umfragen von fast vier Fünfteln der Bevölkerung unterstützt wird, wäre einer der notwendigen Schritte.

Auch Lammerts Stellvertreter Wolfgang Thierse kritisierte das „Verhältnis der Verachtung gegenüber ihrer eigenen Sprache“, das viele deutsche Wissenschaftler und Eliten an den Tag legten. Thierse wandte sich gegen die Scheu vor einer Sprachenpolitik zu Gunsten des Deutschen. Sprachenpolitik würde von anderen (vor allem Englischsprechenden) ständig betrieben, „dann kann man doch auch selbst eine machen“. Es gehe um „die Abwehr kultureller Hegemonie via Wissenschaftssprache“. Thierse trat ebenso wie die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, Monika Grütters, und die frühere Bundestags-Vizepräsidentin Antje Vollmer für eine Verankerung von Kultur und Deutsch als Staatsziele im Grundgesetz ein. Indirekt unterstützt wurde dieses Vorhaben durch die Ergebnisse des englischen Linguisten Robert Phillipson, der mit Zahlen und Daten die angelsächsische Sprachenpolitik schonungslos als „Sprach- und Kulturimperialismus“ analysierte.

Wie ließe sich also dem hochgefährdeten „Patienten“ deutsche Wissenschaftssprache helfen? Ein Rezept sahen mehrere Teilnehmer in der Errichtung einer europäischen mehrsprachigen Zitate-Datenbank nach dem Vorbild der US-amerikanischen „Citation Indices“, die mit ihrer einseitigen Auswahl zweifellos die deutsche und europäische Forschung benachteiligen und zum ausschließlichen Gebrauch des Englischen zwingen. Der Duisburger Soziolinguist Ulrich Ammon, der die Praxis und die Struktur diese Einrichtungen seit längeren beobachtet, hält ihre heutige verspätete Etablierung jedoch für kaum noch finanzierbar. Zudem wären kleinere europäische Sprachgemeinschaften, deren Idiom als Wissenschaftssprache keine Rolle spielt, an der alleinigen Wissenschaftssprache Englisch wohl mehr interessiert als an Mehrsprachigkeit, die den vier oder fünf „Großen“ nützt.

Eher kleine Schritte zur Rettung des „Patienten“ schlug die Duisburger Linguistin Roswitha Reinbothe vor. Etwa die (steuerfinanzierte?) Gründung eines internationalen deutschsprachigen Wissenschaftsjournals, bei dem europäische Forscher ihre Aufsätze in ihrer Muttersprache einreichen und die dann ins Deutsche übersetzt werden. Ferner die Einrichtung einer Stiftungsprofessur „Deutsch als Wissenschaftssprache“ und die Förderung hochrangig besetzter Wissenschaftskongresse (mit Simultanverdolmetschung), in der alle Teilnehmer ihre Muttersprache verwenden können. Durch solche Einrichtungen lasse sich der Wert von Mehrsprachigkeit in der Wissenschaft demonstrieren.

Das Fazit

Die Schlussfolgerung aus dem zweitägigen Kolloquium fassten die Initiatoren Konrad Ehlich und Hans-Joachim Meyer in acht Thesen zusammen. Kernaussage war dabei, dass sich der Status des Deutschen als Wissenschaftssprache nur bewahren lässt, wenn er in ein Konzept europäischer Mehrsprachigkeit eingebettet ist. Ziel sei eine europäische Strategie für die Herstellung gleicher Bedingungen für Erfolg und Bewertung wissenschaftlicher Leistung unabhängig von der Sprache, in der sie erbracht und publiziert werden. In diesem Zusammenhang sollte auch geprüft werden, ob „textartensensible europäische Zitationsindices“ nicht doch möglich sind.

Daneben sollten prominente ausländische Forscher, die Deutsch beherrschen, stärker in die Begutachtungspraxis in Deutschland einbezogen werden und so öffentlichkeitswirksam für Mehrsprachigkeit werben. Ein Netzwerk aus wissenschaftlichen Institutionen, Verlagen, Stiftungen und staatlicher Wissenschaftspolitik könnte die Übersetzung wichtiger wissenschaftlicher Werke des Auslands ins Deutsche und deutschsprachiger Forschung in andere Sprachen ermöglichen. Die Behauptung, europäische Entscheidungen und Verpflichtungen erzwingen das Handeln von Wissenschaftsorganisationen und Hochschulen zugunsten des

Englischen seien „nachweisbar falsch“. Durch einen systematischen Vergleich der europäischen Wissenschaftssprachen müssten für die Öffentlichkeit und die Politik sichtbar gemacht werden, welche Verluste für Forschung, Erkenntnisgewinnung und Methodik von einer Beschränkung allein auf das Englische (und besonders auf das reduzierte und stereotypische Wissenschaftler-Englisch) drohen. Dabei spiele „die Politik eine nicht zu unterschätzende Rolle, weil sie ständig sprachrelevante Entscheidungen trifft. Diese Tatsache muss endlich zum Thema der öffentlichen Debatte in Deutschland werden“.

•

Kommentar (des Berichterstatters)

Der Rückgang des Deutschen als Wissenschaftssprache ist noch akuter und umfassender als der allgemeine Statusverlust der deutschen Sprache im Inland wie im Ausland. Die Ursachen beider Entwicklungen mögen nicht völlig übereinstimmen, aber es gibt doch Gemeinsamkeiten. Eine ist sicherlich die Überschätzung des Englischen als der rundherum überlegenen Sprache. Und zwar nicht nur wegen ihrer weltweiten Verbreitung, sondern wegen der ihr vermeintlich „innewohnenden Qualitäten“, den „intrinsic values“, mit denen die angelsächsische Sprachverbreitungspolitik unermüdlich wirbt. Wer sich ein bisschen mit kontrastiver Linguistik beschäftigt hat, weiß, dass diese Behauptung Unsinn ist. Deshalb ist es löblich, dass die Initiatoren der Tagung, Ehlich und Meyer, den (bei vielen Linguisten fehlenden) Mut haben, einen wissenschaftlichen Vergleich der typischen Eigenschaften beider (Wissenschafts-) Sprachen zu fordern.

Dass die meisten Linguisten einen weiten Bogen um diese – zugegeben sensible – Materie machen, führt uns zu einer zweiten Gemeinsamkeit unter den Ursachen für den Ansehens- und Statusverlust des Deutschen. Nämlich die „kulturelle Mutlosigkeit“ (wie Tagungsteilnehmer Jürgen Trabant in einem Buch schreibt) und das geringe sprachlich-kulturelle Selbstbewusstsein vieler Deutscher, besonders unter den Eliten, in der Politik und in einem Teil der Medien. Niemand im Ausland verlangt von uns, dass wir unsere Scham über die im deutschen Namen begangenen Verbrechen der NS-Diktatur ausgerechnet über die Sprache und Kultur demonstrieren und deshalb z. B. auch bei unserem Eintreten für sprachliche Gleichberechtigung mit Englisch und Französisch in der EU so zurückhaltend sein müssen.

Dafür energisch einzutreten hat nichts mit „Deutschtümelei“ oder gar Nationalismus zu tun, sondern mit völlig legitimer Interessenvertretung unseres Landes und seiner Bewohner. Denn die Präsenz einer Sprache auf möglichst allen Ebenen bestimmt ihren „Marktwert“. Und der ist seit den 1970/80er Jahren stetig im Sinken, besonders dramatisch in den letzten eineinhalb Jahrzehnten. Hier wäre vor allem die Politik gefordert. Aber besitzen weder eine wirkungsvolle Sprachaußenpolitik, was vor allem auf das Konto des Auswärtigen Amtes (AA) und der von ihm abhängigen Organisationen geht, und noch weniger eine Sprachinnenpolitik. Letzteres hat – neben der bereits angesprochenen Scheu vor „Deutschtümelei“ – seinen Hauptgrund darin, dass sich wegen der Kulturhoheit der Bundesländer niemand sich wirklich dafür zuständig fühlt. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF) wiederum, das zumindest Einfluss auf die Sprachverwendung von Förderorganisationen und wissenschaftlichen Instituten und – via Förderung – auch auf die Hochschulen nehmen könnte, tritt geradezu als Verfechter von möglichst viel Englisch auf. Beide Ministerien lassen ihre alte Kultursprache – die älteste Schriftsprache auf dem Kontinent – weitgehend im Stich. Beide sprach(en)-politischen Aufgaben müssten im Kanzleramt angesiedelt und dort dann wirkungsvoll vertreten werden.

Im Fall der *Wissenschaftssprache* ist die Situation einerseits noch schwieriger, weil hier der Druck des Englischen (wie verschiedene Berichte auf dem Kolloquium zeigten) noch stärker als der auf die Standardsprache ist. Andererseits wären die einschlägigen „English-Only-Vertreter“ vielleicht eher zu überzeugen, wenn man ihnen die ökonomischen Nachteile ihrer Haltung für den „Standort Deutschland“ vor Augen führen würde. Hier wären politikwissenschaftliche, soziologische, sozialpsychologische und soziolinguistische Untersuchungen ein vonnöten. Verkürzt gesagt: Wenn der „Airbag“, die „MP-3-Tonkomprimierung“ und viele andere Innovationen international als amerikanische und nicht als deutsche Erfindungen wahrgenommen werden, wenn man in deutschen Konzernleitungen, Forschungslabors und Fachpublikationen nur noch und an Hochschulen immer häufiger in Englisch auftritt, verblasst das Bild eines bedeutenden Wissenschafts-, Erfinder- und Technikstandorts. Er wird zum Anhängsel eines angelsächsischen Wissenschafts-, Technik- und Kulturimperiums. Mit dem „Marktwert“ der deutschen Sprache und Kultur sinkt nicht nur das Ansehen, sondern auch der Marktwert des Standorts.

Um eine innenpolitisch-gesellschaftliche Diskussion anzustoßen und das Bewusstsein zu verändern, ist vor allem eine stärkere Wahrnehmung des Problems in den Medien notwendig. Die spärliche Präsenz der Medien auf dem hochrangig besetzten Tutzingener Kolloquium beweist, wie wenig sie den Zustand als Problem erkennen. Eine stärkere, ja unermüdliche Fokussierung auf die Medien scheint unabdingbar, wenn man eine Bewusstseinsänderung in der Öffentlichkeit und in der Politik erreichen will.